

Lohnsteuer-Info 12/2024

In dieser Ausgabe

- Sozialversicherungsrechengrößen-Verordnung 2025 beschlossen
- Ausblick: Beitragssätze in der Sozialversicherung 2025
- Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns und Folgewirkung auf die Mini-Job-Grenze
- Amtliche Sachbezugswerte 2025
 - Geänderte amtliche Sachbezugswerte 2025 beschlossen
 - Amtliche Sachbezugswerte 2025
- Abkürzungsverzeichnis

Sozialversicherungsrechengrößen-Verordnung 2025 beschlossen

Die Bundesregierung hat am 6.11.2024 eine Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2025 (Sozialversicherungsrechengrößen-Verordnung 2025) beschlossen.¹ Der Bundesrat hat dieser Verordnung am 22.11.2024 zugestimmt.²

Mit der Sozialversicherungsrechengrößen-Verordnung 2025 werden die maßgeblichen Rechengrößen der Sozialversicherung fortgeschrieben.

Praxishinweis

Die Sozialversicherungsrechengrößen-Verordnung 2025 wurde am 27.11.2024 im BGBI verkündet.³ Die Verordnung tritt damit planmäßig zum 1.1.2025 in Kraft.

Übersicht (2025)	Monat	Jahr
Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung bzw. Arbeitslosenversicherung	8.050,00 EUR	96.600,00 EUR
Beitragsbemessungsgrenze in der knappschaftlichen Rentenversicherung	9.900,00 EUR	118.800,00 EUR
Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung	6.150,00 EUR	73.800,00 EUR
Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung (Arbeitnehmer, die am 31.12.2002 bereits privat krankenversichert waren)	5.512,50 EUR	66.150,00 EUR
Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung	5.512,50 EUR	66.150,00 EUR

¹ BR-Drucks. 540/54 v. 6.11.2024

² BR-Drucks. 540/24 (Beschluss) v. 22.11.2024

³ BGBI I 2024 Nr. 365

Praxishinweis

Die bisherige Rechtskreistrennung in der allgemeinen Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung, die eine Trennung zwischen dem Rechtskreis „West“ und Rechtskreis „Ost“ vorsah, existiert ab 2025 nicht mehr. Ab dem 1.1.2025 gilt in Deutschland damit eine einheitliche Beitragsbemessungsgrenze für Renten- und Arbeitslosenversicherung und eine einheitliche Bezugsgröße. Bisherige Unterscheidungen zwischen dem Rechtskreis Ost (neue Bundesländer einschließlich Ost-Berlin) und dem Rechtskreis West (alte Bundesländer einschließlich West-Berlin) fallen weg.

Ausblick: Beitragssätze in der Sozialversicherung 2025

Hinzuweisen ist zudem darauf, dass der Beitragssatz in der allgemeinen Rentenversicherung 2025 weiterhin 18,6 % beträgt. Unverändert bleibt auch der Beitragssatz der knappschaftlichen Rentenversicherung mit 24,7 % im Jahr 2025.

Praxishinweis

Die Beitragssätze in der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung für das Jahr 2025 wurden am 27.11.2024 im BGBL bekanntgemacht.⁴

Auch der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung soll 2025 unverändert bei 2,6 % liegen. Der Beitrag in der gesetzlichen Pflegeversicherung soll sich von bislang 3,4 % auf 3,6 % erhöhen. Die hierzu nötige Gesetzgebung ist gegenwärtig jedoch nicht abgeschlossen. Im kommenden Jahr 2025 erhöht sich der

durchschnittliche Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung um 0,8 % auf 2,5 %. Dies hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6.11.2024 bekanntgegeben.⁵ 2024 lag der gesetzliche durchschnittliche Zusatzbeitragssatz bei 1,7 %.

Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns und Folgewirkung auf die Mini-Job-Grenze

2025 erhöht sich der gesetzliche Mindestlohn von bislang 12,41 EUR (brutto) je Zeitstunde auf 12,82 EUR (brutto) je Zeitstunde. Dies sieht die Vierte Verordnung zur Anpassung der Höhe des Mindestlohns (MiLoV4) v. 24.11.2023 vor.⁶

Die ab 2025 eintretende Erhöhung hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Mini-Job-Grenze und die Midi-Job-Grenze.

- Die Verdienstgrenze für **geringfügig entlohnte Beschäftigte (Mini-Job)** erhöht sich 2025 auf 556 EUR/Monat. 2024 lag diese Grenze bei 538 EUR monatlich.
- Der Übergangsbereich (für sog. **Midi-Jobber**) liegt 2025 bei monatlich 556,01 EUR bis 2.000 EUR. Für 2024 galt der Übergangsbereich von 538,01 EUR bis 2.000 EUR.

⁴ BGBL I 2024 Nr. 368

⁵ BAnz AT v. 7.11.2024

⁶ BGBL I 2023 Nr. 321

Amtliche Sachbezugswerte 2025

Geänderte amtliche Sachbezugswerte 2025 beschlossen

Der Bundesrat hat am 22.11.2024 der zuvor vom Bundeskabinett beschlossenen Fünfzehnten Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung⁷ erwartungsgemäß zugestimmt.⁸ Durch die SvEV werden amtliche Sachbezugswerte für Unterkunft und Verpflegung festgelegt.

Durch die beschlossene Verordnung werden die Werte für Sachbezüge für das Jahr 2025 angepasst.

Praxishinweis

Für Sachbezüge, die seit 2007 von der Sozialversicherungsentgeltverordnung (kurz: SvEV) erfasst werden, sind die sozialversicherungsrechtlich festgelegten amtlichen Sachbezugswerte auch steuerrechtlich zwingend anzusetzen und damit für die Bewertung von geldwerten Vorteilen bindend.⁹

Amtliche Sachbezugswerte 2025

Übersicht

Folgende amtliche Sachbezugswerte galten für das Jahr 2024: Ab 2025 ändern sich die amtlichen Sachbezugswerte wie folgt:

Amtliche Sachbezugswerte in EUR	2024	Amtliche Sachbezugswerte in EUR	2024
Für freie Verpflegung – monatlich	313,00	Für freie Verpflegung – monatlich	333,00
Für freie Unterkunft – monatlich	278,00	Für freie Unterkunft – monatlich	282,00
Gesamtsachbezugswert	591,00	Gesamtsachbezugswert	615,00

Mahlzeiten

Abgeleitet aus den monatlichen amtlichen Sachbezugswerten ergeben sich einheitlich für alle Arbeitnehmer in allen Bundesländern (und somit auch bei Jugendlichen unter 18 Jahren und Auszubildenden) folgende tägliche amtliche Sachbezugswerte für die jeweiligen Mahlzeiten:

Art der Mahlzeit	Monatlicher Wert 2025 (2024)	Kalendertäglicher Wert 2025 (2024)
Frühstück	69 € (65 €)	2,30 € (2,17 €)
Mittag- bzw. Abend- essen (jeweils)	132 € (124 €)	4,40 € (4,13 €)

⁷ BR-Drucks. 481/24 v. 10.10.2024

⁸ BR-Drucks. 481/24 (Beschluss) v. 22.11.2024

⁹ vgl. § 8 Abs. 2 Sätze 6 bis 8 EStG

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AEAO	Anwendungserlass Abgabenordnung	EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
AO	Abgabenordnung	EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
ArEV	Arbeitsentgeltverordnung	FG	Finanzgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)	FinMin	Finanzministerium
BFH	Bundesfinanzhof	FR	Finanz-Rundschau (Zeitschrift)
BFH/NV	Nichtveröffentlichte Urteile des Bundesfinanzhofes, Zeitschrift (Haufe-Verlag)	GStB	Gestaltende Steuerberatung (Zeitschrift)
BMF	Bundesfinanzministerium	HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung (Zeitschrift)
BStBl	Bundessteuerblatt	LSt	Lohnsteuer
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)	LStDV	Lohnsteuer-Durchführungsverordnung
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)	LStR	Lohnsteuer-Richtlinien
DStRE	Deutsches Steuerrecht - Entscheidungsdienst (Zeitschrift)	OFD	Oberfinanzdirektion
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte (Zeitschrift, Stollfuss-Verlag)	SGB	Sozialgesetzbuch
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung	UR	Umsatzsteuer-Rundschau (Zeitschrift)
EStG	Einkommensteuergesetz	UStG	Umsatzsteuergesetz
		UStR	Umsatzsteuer-Richtlinien
		Vfg	Verfügung